



## **Stellungnahme des DGSA Vorstands zur Wissenschaftsfreiheit und zu den aktuellen Reaktionsweisen auf die gegenwärtigen Hochschulproteste zum Nahostkonflikt**

Die terroristischen Angriffe der Hamas vom 07. Oktober, der Krieg und das Leiden in Gaza und deren Bezüge zu rassistischen und antisemitischen Positionierungen in Deutschland erschüttern Studierende und Lehrende an deutschen Hochschulen. Vielerorts wird um Verortungen gerungen und nach Formaten gesucht, um notwendige Debatten zu führen. Auch in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) findet ein Austausch dazu statt, initiiert durch die Fachgruppe Flucht, Migration, Rassismus- und Antisemitismuskritik und getragen von vielen Mitgliedern der DGSA.

Die jüngsten Entwicklungen an Hochschulen mit Protestcamps und polizeilichen Räumungen und die darauf folgenden Stellungnahmen von Akteur\*innen aus dem Wissenschaftsbereich zeugen davon, dass die Hochschulen in der Auseinandersetzung um Menschenrechtsverletzungen die wichtige Aufgabe haben, den Raum für differenzierende Debatten offen zu halten, sich als Orte der Artikulation von Protest zu bewähren und dabei den Schutz ihrer Angehörigen vor Angriffen und Bedrohungen zu gewährleisten.

Studentische Protestformen, die eine hochschulöffentliche Auseinandersetzung einfordern, indem sie den akademischen Betrieb stören, sind auch in diesem Kontext nicht illegitim. Hochschullehrende und Hochschulleitungen sollten die Anliegen aufgreifen und Debatten ermöglichen. Diese zu führen, sich auf genaue Analysen und Kritik zu verpflichten und damit auf plakative Darstellungen zu verzichten, gehört grundsätzlich zu einer akademischen Kultur. Die Hinzuziehung von Polizei sollte als repressives Mittel nur in Situationen zum Einsatz kommen, in denen Menschen zu schützen sind, die aufgrund ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen Zugehörigkeit bedroht oder angegriffen werden und Situationen, in denen die Hochschulleitung nicht mehr in der Lage ist, den Raum für gewaltlose kontroverse Debatten zu halten.

Stellungnahmen wie die der Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger vom 10.05.2024 und weiterer Wissenschafts- und Bildungspolitiker\*innen, die vor allem über die BILD-Zeitung an die Öffentlichkeit gelangten, dienen nicht der Differenzierung und angemessenen Diskussion. Die Bundesministerin hat auch in ihrem Brief an die Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz die Zweifel, die sie an der Grundgesetztreue der Unterzeichnenden des [Offenen Briefs](#) gesät hatte, nicht zurückgenommen. Doch die kontroversen Diskussionen an den Hochschulen sind gerade für deren verantwortungsvolle Aufgabe im Umgang mit den Protesten wesentlich. Gegen die diffamierende Berichterstattung der BILD in Bezug auf Hochschullehrende und bestimmte Fachrichtungen wurden Beschwerden beim Deutschen Presserat eingereicht. Die [Hochschulrektorenkonferenz äußert sich ebenfalls kritisch](#).

Besorgniserregend ist zudem, dass durch die Leitung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung offenbar eine Überprüfung möglicher strafrechtlicher Relevanz und förderrechtlicher Konsequenzen der Zeichnung des Offenen Briefs von Hochschullehrer\*innen veranlasst wurde, der sich gegen die polizeiliche Räumung eines Protestcamps an der Freien Universität Berlin gewandt hatte ([Recherche NDR](#))<sup>1</sup>. Das Ansinnen, Forschungsförderung bzw. Projektförderung aufgrund politischer Positionierung zu entziehen bzw. nach anderen als nach wissenschaftlichen Kriterien zu verteilen, ist mit der grundgesetzlich garantierten Freiheit von Forschung nicht vereinbar. Die nun bekannt gewordenen Vorgänge haben auch über die Zurückweisungen der Prüfbitte durch BMBF-Referatsleitungen hinaus Folgen: Sie verunsichern Wissenschaftler\*innen im Hinblick auf die Gründe für abgelehnte Förderanträge und schaffen Misstrauen. Die zuständige Leitung hat dabei ihre Befugnisse in unverantwortlicher und unverhältnismäßiger Weise überschritten.

Der Vorstand der DGSA weist die Diffamierung von Hochschullehrenden, die sich gegen eine polizeiliche Räumung ausgesprochen haben, die Diskreditierung bestimmter Fachrichtungen wie postkoloniale Studien und Rassismusforschung sowie das die Zuständigkeit des BMBF überschreitende Prüfungsansinnen der Ministeriumsleitung deutlich zurück.

Zugleich unterstreichen wir die Notwendigkeit, Antisemitismus im Hochschulkontext zu analysieren, zu bekämpfen und dabei [Perspektiven jüdischer Hochschulangehöriger](#) konsequent einzubeziehen und lehnen Boykottaufrufe gegen israelische/jüdische Wissenschaftler\*innen und Universitäten entschieden ab, wie sie aktuell auch von der International Federation of Social Workers (IFSW) [geteilt und unterstützt werden](#). Eine Problematisierung antisemitischer Protestformen an Hochschulen schließt eine kritische Analyse der israelischen Kriegsführung nicht aus.

Die Freiheit von Forschung und Lehre muss sowohl gegen politische Diffamierungen und autoritäre Eingriffe als auch gegen antisemitische und antimuslimisch-rassistische Bedrohungen an den Hochschulen verteidigt werden. Wir treten dafür ein, in diesen Debatten fachlich differenziert zu bleiben und dabei der Versuchung autoritärer Lösungen nicht anheim zu fallen.

Im Namen der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit,

Prof. Dr. Dieter Röh

Prof. Dr. Christian Spatscheck

18.06.2024

Die [Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit \(DGSA\)](#) ist die wissenschaftliche Fachgesellschaft der Sozialen Arbeit und vertritt rund 1100 Mitglieder. Gegründet 1989, widmet sie sich der Förderung der Disziplin und Profession Sozialer Arbeit. Dem Vorstand gehören an: Prof. Dr. Dieter Röh und Prof. Dr. Christian Spatscheck (Vorsitzende), Prof. Dr. Stefan Borrmann (Schriftführung), Prof. Dr. Julia Franz, Prof. Dr. Heiko Löwenstein, Prof. Dr. Anne van Rießen, Prof. Dr. Claudia Steckelberg (Beisitzer\*innen) und Wolfgang Antes (Schatzmeister).

---

<sup>1</sup> Laut aktueller Berichterstattung (<https://www.nzz.ch/international/bildungsministerin-entlaesst-staatssekretaerin-doering-abgang-mit-beigeschmack-ld.1835351>) weist die Ministerin die Verantwortung für diesen Vorgang von sich.